

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr

Erhält für die sechsgezahlte Kolonen...

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement 3/4 Preis für Russen...

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: Str. 68, Lindenstrasse 69.

Mittwoch, den 26. März 1913.

Expedition: Str. 68, Lindenstrasse 69.

Der Aufruf von Kalisch.

Er war hauptsächlich nach den Ansichten von Stein...

General-Feldmarschall von Bogen.

Was von Anfang an als eine düstere Tragik auf dem...

Es geht diesen Seiten wie den Thebanern, als sie bei...

Und dieses Widerpart, der Graf von Platen...

Sogenannte Freiheitskriege.

Freiheitskriege für wahr! Stand einst Miliades etwa...

Dennoch hat man damals versucht, zarische Kräfte...

Als Verfasser des Aufrufs nennt Treitschke den Ober...

Auf jeden Fall wollte Stein diesen Alexander samt...

Was aber dem Volk an schänklingsenden Versprechungen...

die der russische Alexander an dem Entwurf vorgenommen...

Indem Rußlands siegreiche Krieger, begleitet von denen...

Ihre Leistung ist Ehre und Freiheit...

Hiermit ist zugleich das Verhältnis ausgesprochen...

Lezte Kämpfe.

Die Balkanfrage scheint sich nun doch ihrem Ende...

London, 24. März. Die das Reutersche Bureau erfährt...

Unter diesen Umständen war es klar, daß Montenegro...

Auch die Friedensverhandlungen gehen, wenn auch...

Die Antwort Montenegros.

Nachgeben unter Protest.

Cetinje, 25. März. (Aus amtlicher montenegrinischer...

einverstanden sind, dem schönen Zweck der Befreiung...

Soweit der Aufruf von Kalisch, von dem Rehring mit...

Aber eben weil er ein Denkmal monarchischer Unge...

Zivilbevölkerung die Stadt verlassen könne, und gegen...

Die Dampferaffäre.

Cetinje, 25. März. (Aus amtlicher montenegrinischer...

Die Friedensvermittlung.

Die Antwort der Verbündeten.

Sofia, 24. März. Ueber die Antwort auf die neue...

Erklärungen Greys.

London, 25. März. Unterhaus. In der heutigen...

















Neunter Bundestag der technisch-industriellen Beamten.

Die Vertreter des Bundes der technisch-industriellen Beamten kommen alljährlich während der Osterfeiertage in Berlin zu ihren ordentlichen Tagungen zusammen.

Nach Erledigung der üblichen Formalitäten erbat das Vorstandsmitglied Sandweil-Berlin den

Jahresbericht. Die Betätigung der Privatangestellten im öffentlichen Leben — erklärte der Redner — sei eine immer stärkere geworden. Das habe sich bei den Reichstagswahlen gezeigt.

Der sozialpolitischen Tätigkeit des Bundes sei die Richtung durch seinen gewerkschaftlichen Charakter vorgeschrieben. Eine Kampforganisation, wie sie die Gewerkschaft sein müsse, werde immer ihr Ziel vorwiegend auf dem Wege der Selbsthilfe zu erreichen suchen.

Die Werbetätigkeit des Bundes wurde schriftlich und mündlich sehr eifrig betrieben. Ihr Ergebnis war, daß 5971 neue Mitglieder aufgenommen wurden.

An die Entgegennahme des Geschäftsberichts schloß sich eine geheime fünfstündige Sitzung, in der in sehr lebhafter Weise interne Angelegenheiten — das Ausscheiden Lüdemanns aus dem Vorstande und sonstige Beamtenfragen — erörtert wurden.

Der Bundestag sprach ferner in einer Entschließung aus, er habe sich überzeugt, daß eine Änderung der Organisation der Geschäftsstelle und ihres Betriebes erforderlich ist.

Am zweiten Verhandlungstag nahm der Bundestag zunächst ein Referat des Ingenieurs Burmeister-Gießen über Die Arbeitszeit im technischen Berufe entgegen. Redner begründete die Notwendigkeit der Herabsetzung der Arbeitszeit auf höchstens acht Stunden aus logischen, volkswirtschaftlichen und idealen Gründen.

Der Kongreß der Kaliarbeiter Deutschlands. Hannover, den 22. März 1913. Der Kongreß, der in Linden tagte, war von circa 180 Delegierten aus den Reihen der freien Verbände der Berg- und Fabrikarbeiter und der Maschinen- und Heizer besetzt.

zutreten. Der Vorstand wird beauftragt, eine weiße Liste anzulegen, die alle Firmen aufnehmen soll, die bereits diese Forderungen erfüllt haben.

Reichstag, Regierung und Technikerrecht sprach hierauf Ingenieur Sonnenschmidt-Berlin. Er begründete eine Resolution des Vorstandes, in der die Forderungen der technisch-industriellen Beamten enthalten sind.

Zur Frage der Konkurrenzklausele fand ferner einmütig folgende Resolution Annahme:

Der 9. ordentliche Bundestag bedauert lebhaft, daß der neue Gesetzesentwurf über die Konkurrenzklausele eine Regelung dieser Frage nur für die Handlungsgeschäfte vornimmt und die technischen Angestellten, die am schwersten unter dieser Fessel des freien Wettbewerbs und des wirtschaftlichen Fortschritts zu leiden haben, wieder einmal vollkommen unberücksichtigt läßt.

Der Bundestag setzte dann die Debatte zum Jahresbericht respektive die Beratung der hierzu gestellten zahlreichen Anträge fort. Annahme fand eine Resolution, in der der Bundestag ausdrücklich feststellt, daß er die bisherige Politik des Bundes in der Frage der Altersversicherung und insbesondere seine Haltung während der Wahlen zur Angestelltenversicherung voll und ganz billigt.

Dann wurden noch Anträge zum Statut beraten und hierauf die Vorstandswahlen vorgenommen. Hierbei wurde von sachlichen Gründen, wegen seiner rationalen politischen Stellung, aus dem Vorstand ausgeschieden sei, sondern aus rein persönlichen, inneren Gründen. Die Befürchtung, das Ausscheiden Lüdemanns habe zur Folge, daß der Bund von seiner radikalen Bahn abirrt, sei völlig unbegründet.

Kongreß der Kaliarbeiter Deutschlands.

Der Kongreß, der in Linden tagte, war von circa 180 Delegierten aus den Reihen der freien Verbände der Berg- und Fabrikarbeiter und der Maschinen- und Heizer besetzt. Als Vertreter der Generalkommission war Genosse Umbreit, als Vertreter des Bezirkskartells Magdeburg der Genosse Undeutsch erschienen.

Die gemeingefährliche Entwicklung des deutschen Kalibergbaues sowie die Maßnahmen der Regierung und Bezirksbesitzer referierte Otto Hue. Er gab einen mit reichem Zahlenmaterial gestützten Überblick über die sprunghafte Entwicklung der Kaliindustrie, des jüngsten Zweiges des deutschen Bergbaues.

Der Kongreß der Kaliarbeiter fordert die Herabsetzung der Arbeitszeit auf höchstens acht Stunden aus logischen, volkswirtschaftlichen und idealen Gründen. Der Antrag zeitigte eine längere Diskussion, in der die Ausführungen und Forderungen des Referenten wirksame Unterstützung und Ergänzung fanden.

Der Kongreß der Kaliarbeiter fordert die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches auf, schnelle und durchgreifende Vorforgere gegen die gemeingefährliche Weiterentwicklung der Zustände in der Kaliindustrie zu treffen. Die gute Absicht des Gesetzgebers, durch das Gesetz über den Abzug von Kalisalzen vom 25. Mai 1910 den unwirtschaftlichen Vergründungen in der Industrie entgegenzuwirken, wurde durch die jede Rücksicht auf das Gemeinwohl missachtende Grundbesitzerwirtschaft, die offizielle Gesetzesauslegung, namentlich aber durch die ergangenen Ausführungsbestimmungen vereitelt.

Ferner müssen bei der bevorstehenden Änderung des Reichslohgesetzes die Bestimmungen in den Paragraphen 13 bis 16 und 19 wie folgt erweitert bzw. ergänzt werden:

- a) Der für die einzelnen Arbeiterklassen jedes Wertes im Jahre 1911 amtlich ermittelte Durchschnittslohn pro Schicht, zuzüglich 10 Proz. Zuschlag, gilt als Mindestlohnssatz.
Erreich in einem Werk oder in einer Arbeiterklasse der Durchschnittslohn den oben angegebenen Mindestlohn nicht, so steht der betreffenden Klasse oder auch jedem einzelnen Arbeiter das Klagerrecht zu.
b) Der verdiente Lohn ist allwöchentlich an die Arbeiter auszuzahlen.
c) Die Arbeitszeit unter Tage beträgt inkl. Ein- und Ausfahrt: 8 Stunden an Arbeitsstellen mit weniger als + 22 Grad Celsius, 7 Stunden an Arbeitsstellen mit + 22 bis 28 Grad Celsius, 6 Stunden an Arbeitsstellen mit + 28 bis 35 Grad Celsius, 4 Stunden an Arbeitsstellen mit mehr als + 35 Grad Celsius.
d) Ueber- und Rechenarbeiten dürfen nur zu Rettungsarbeiten und wenn es die Sicherheit des Betriebes erfordert geleistet werden.
e) Durch Verträge irgend welcher Art dürfen die Bestimmungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht verschlechtert werden.
f) Nicht nur bei einer Übertragung von Anteilen am Absatz (§ 19 des Kaligesetzes), sondern auch beim Umtausch der Befugnis am Absatz einzelner Sorten sind die Arbeiter und Beamten, die dadurch beschäftigungslos oder in ihrem Arbeitsverdienst geschädigt werden, schadlos zu halten.
g) Jedes Kalibergwerk muß 2 Schächte haben, die unterirdisch miteinander verbunden sein müssen.

Dann behandelte der Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes, Genosse Gärtners-Hannover, gestützt ebenfalls auf Sachkunde und ein gewissenhaftes Material die Verhältnisse der Arbeiter im einzelnen und die in ihrem Interesse mit aller Energie zu erhebenden Forderungen.

Den größten Teil der Gärtnerschen Ausführungen nahm der Nachweis der Durchführbarkeit jener in der Resolution niedergelegten Arbeiterforderungen in Anspruch. Es ist hierbei zum Schutze für das Leben der Arbeiter die Forderung auf Anlage von zwei Schächten von äußerster Wichtigkeit.

Herling-Heimstedt bewies, wie besonders bei den Gewerkschaften „Brick auf“ und „Hobenzollern“ im Weingebiet des Heberischensystems in einem Maße besteht, daß es aller Kultur Dohn spricht. Aus dem Haller Bezirk wird die systematische Unterdrückung der Organisation geschildert.













